SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An den
Vorsitzenden des
Rates

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 07.10.2010

AN/1845/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	07.10.2010

TOP 3.1.3 Köln als autofeindlichste Stadt Deutschlands

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Ersetzungsantrag zum Ratsantrag der FDP-Fraktion in die Tagesordnung des Rates am 7. Oktober 2010 aufzunehmen:

Köln ist noch weit vom Ziel der Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer entfernt.

So sind z.B. die Ampelphasen in der Regel an den Bedürfnissen des Autoverkehrs ausgerichtet. Nur an einigen wenigen Stellen hat der öffentliche Nahverkehr absoluten Vorrang. An vielen Schnittstellen zwischen ÖPNV und Straße gäbe es jedoch flexible Ampelschaltungen, die auf aktuelle Verkehrsspitzen reagieren können.

Trotzdem wird von manchen Lobbyisten und Parteien der Eindruck erweckt, Köln sei insgesamt autofeindlich. Das stimmt nicht. Angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der Kölnerinnen und Kölner über 18 Jahre kein Auto besitzt (in den innenstadtnahen Stadtteilen sind es sogar fast zwei Drittel) und Köln aufgrund seiner historischen Straßenführung nur über wenig Spielraum zur Aufteilung von Verkehrsflächen verfügt, ist der Vorwurf unverhältnismäßig. Nichtsdestotrotz gibt es eine Menge Verbesserungsbedarf und -möglichkeiten, z.B. beim Baustellenmanagement und bei Maßnahmen zur Verstetigung des Verkehrs, insbesondere an wichtigen Ein- und Ausfallstraßen wie etwa entlang der Luxemburger Straße.

Beschluss:

In Köln muss es zu einer Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer kommen. Einzelne Verkehrsträger dürfen nicht verteufelt und andere übermäßig bevorzugt werden. Die Vernetzung der Verkehrsträger sollte im Mittelpunkt stehen. Köln braucht eine gesunde und gut ausgebaute Mischung aus individuellem und öffentlichem Personennahverkehr mit intelligenten Lösungen zur quantitativ und qualitativ optimalen Ausnutzung des knappen Verkehrsraumes.

Deswegen verfolgen wir weiter die Ziele des bereits in der vergangenen Wahlperiode fortgeschriebenen Gesamtverkehrskonzeptes und fordern die Umsetzung aller geeigneten Maßnahmen unter dem Blickwinkel der Barrierefreiheit, der sicheren Mobilität und der Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer. Es soll eine Steigerung des Fußverkehrs- und des Radverkehrsanteils erreicht werden. Ebenso wird eine Stärkung des ÖPNV durch den Ausbau der Infrastruktur sowie durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit angestrebt – bei gleichzeitig verbesserter Umsteigequalität vom motorisierten Individualverkehr. Diese Maßnahmen sollen zu einer kontinuierlichen Verringerung der verkehrsbedingten Immissionen wie Lärm und Luftschadstoffe beitragen. Ziel ist eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung mit der Implementierung von Mobilitätsmanagement in der Verwaltung. Der „Umweltverbund“ aus Zufußgehen, Radfahren und ÖPNV soll auf allen Ebenen gestärkt und besser vernetzt werden.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit Köln zu einer Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer kommt. Daher beauftragt der Rat die Verwaltung mit der Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Die Verwaltung legt dem Verkehrsausschuss die ADAC-Studie und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen inklusive einer fachlichen Bewertung unter dem Ziel der Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer vor.
2. Die Verwaltung überwacht die Koordination von Baumaßnahmen aller in den Verkehrsraum eingreifenden Bauträger und entwickelt Verbesserungsvorschläge. Unnötige Eingriffe in den Verkehrsraum (z.B. mehrfaches Öffnen der gleichen Straße, Baustellen auf Umleitungen oder zu große Baustelleneinrichtungen) sind zu verhindern.
3. Die Verwaltung kümmert sich auch um die Optimierung der Baustellen- und Veranstaltungskoordination außerhalb ihres eigenen Zuständigkeitsbereichs (z.B. baustellenbedingtes Sperren von Autobahnen während verkaufsoffener Sonntage oder Großveranstaltungen wie KölnTriathlon und KölnMarathon).
4. Die Verwaltung legt dem Verkehrsausschuss - aufgeschlüsselt nach Verkehrsarten - eine Prioritätenliste der Stellen vor, welche die größten Verkehrsbehinderungen bewirken und benennt zu ergreifende bzw. schon ergriffene Gegenmaßnahmen incl. Zuständigkeiten, Finanzierungsaufwand und Auswirkungen auf andere Verkehrsarten.
5. Die Verwaltung macht über ihr Internetangebot eine Umfrage, in der die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Köln dazu aufgerufen werden, die aus ihrer Sicht drängendsten Probleme im Kölner Verkehrssystem zu benennen und legt die Umfrage-Ergebnisse inklusive einer Bewertung dem Verkehrsausschuss vor.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer